

6/1995

Jürgen Rüttgers gibt wichtige Signale

Als ermutigenden Einstieg und wichtige Voraussetzung für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft hat der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Lenzer, die Konzeption der künftigen Bildungs- und Forschungspolitik begrüßt, die Jürgen Rüttgers am 8. Februar nach rund 100 Tagen im Amt des Ministers für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) vorgestellt hat. Wichtige Signale dieser Konzeption:

● Einführung einer Fördermaßnahme zur Aufstiegsfortbildung bei der beruflichen Bildung ● Neuordnung des BAFöG und eine Erhöhung der Ausbildungsförderung um vier Prozent ● Bereitstellung von rund drei Milliarden Mark im Haushalt 1995 des BMBF für die neuen Bundesländer, von denen mehr als die Hälfte für Forschung und Technologie vorgesehen ist ● Verstetigung der Förderung der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Max-Planck-Gesellschaft ● Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, um Innovationsschwächen zu überwinden.

Die Leitbilder bei alledem sind: der Übergang zur Informationsgesellschaft, die biotechnologische Revolution des 21. Jahrhunderts, Wirtschaftswachstum in Stoffkreisläufen und eine Energieerzeugung mit minimaler CO₂-Emission.

Christian Lenzer: Faustpfand für ein rohstoffarmes Land sind kluge Köpfe, gut ausgebildete Menschen. Die Devise für Deutschland kann nur heißen:

„Wachstum aus Intelligenz“.

HEUTE AKTUELL

● **Neue Bundesländer**
Fördermittel in Ostdeutschland: Lieberknecht fordert ehrliche Diskussion über effizienten Einsatz. Seite 4

● **Medienpolitik**
Jetzt die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sichern. Seite 6

● **Bundeskriminalamt**
Manfred Kanther: Ein weiterer Schritt für die Innere Sicherheit. Seite 8

● **Sozialdemokraten**
Wehner — Wienand — Bahr: SPD auf Abwegen. Seite 14-18

● **UiD-extra**
Es ist der Krieg als solcher, den wir hassen müssen wie die Pest. Ansprache von Bundespräsident Roman Herzog in Dresden am 13. Februar.

Wortlaut

der „Bildungs- und forschungspolitischen Schwerpunkte 1995“ des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Jürgen Rüttgers: Dokumentation im grünen Teil dieser Ausgabe.

Bildungs- und Forschungspolitik ist auf dem richtigen Kurs

Zu der am 8. Februar von Bildungs- und Forschungsminister Jürgen Rüttgers vorgestellten künftigen Bildungs- und Forschungspolitik erklärte der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Lenzer:

Der bildungs- und forschungspolitische Kurs des neuen Ministers für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie wird sehr begrüßt und nachhaltig unterstützt. Selbst die SPD betont, daß der Minister die „absolut richtigen Überschriften“ gewählt hat. Mit der organisatorischen Verzahnung von Bildung und Wissenschaft mit Forschung und Technologie in einem neuen Ressort ist ein wichtiger Beitrag geleistet worden, der sich jetzt bei der Gestaltung der Politikfelder Bildung und Forschung zum Erhalt und Ausbau der Innovationsfähigkeit Deutschlands auszahlt.

Entscheidend für diese Innovationsfähigkeit sind gut ausgebildete Fachkräfte. Deutschlands duales System ist weltweit ein Exportschlager. Es wird daher sehr begrüßt, daß bei der beruflichen Bildung bis zum Jahresende eine Gesetzesinitiative zur Einführung einer Fördermaßnahme zur Aufstiegsfortbildung ergriffen werden soll, daß im Rahmen der 17. BAföG-Novelle zum Herbst dieses Jahres die Erhöhung der Bedarfssätze und Anhebung der Freibeträge um je vier Prozent erfolgen soll und daß ein Modellversuch zur Zusatzqualifikation bei der beruflichen Bildung gestartet werden soll.

Eine starke Grundlagenforschung ist die Basis für Innovationen. Die Diskussion über die Trennung von Grundlagenfor-

schung und anwendungsorientierter Forschung ist müßig: Beides sind Seiten ein und derselben Medaille. Die geplante Verstärkung der Förderung der Max-Planck-Gesellschaft und der Deutschen Forschungsgemeinschaft ist daher ein wichtiges Signal.

Die vorgesehenen Maßnahmen zur Schaffung innovationsfreundiger Rahmenbedingungen, zur Deregulierung, zur Entschlackung von Forschung behindernden Gesetzesvorgaben sind ein weiteres richtiges Signal, das dem Ausbau der Innovationsfähigkeit Deutschlands zugute kommt. Neben diesen staatlichen Maßnahmen ist die Wirtschaft gefordert, eine

Die Konzeption von Jürgen Rüttgers beweist den Willen der Bundesregierung, den Standort Deutschland nachhaltig zu stärken.

Trendumkehr bei ihren Aufwendungen für die Forschung einzuleiten.

Der Verstärkung des Technologietransfers zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zur zügigeren Umsetzung marktfähiger Produkte dient der Rat für Forschung, Technologie und Innovation beim Bundeskanzler, dessen konstituierende Sitzung in Kürze stattfindet. Die Einrichtung dieses Rates geht zurück auf eine Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom Herbst 1993. Er wird ein wichtiges Instrumentarium für die Politikgestaltung auf den Zukunftsfeldern und somit für den technologischen Kurs des Standortes Deutschland sein. Die schrittweise Konzentration der För-

Deutschland will Freund und Partner des neuen Rußland bleiben

Der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Friedrich Bohl, traf am 8. Februar mit dem Vorsitzenden der Kommission für Menschenrechte beim Präsidenten der Russischen Föderation und Bevollmächtigten für Menschenrechte, Sergej A. Kowaljow, zu einem intensiven Meinungs- und Informationsaustausch zusammen.

Bundesminister Bohl bat den russischen Menschenrechtsbeauftragten um eine Einschätzung der Lage im tschetschenischen Konfliktgebiet. Dabei äußerte er die andauernde Besorgnis der Bundesregierung über Menschenrechtsverletzungen bei den militärischen Angriffen auf die Zivilbevölkerung von Grosny und über Verstöße gegen humanitäre Prinzipien.

Haltung deutlich gemacht

Die Beachtung grundlegender Menschenrechte sei ein besonderes Anliegen der Bundesregierung. Diese Haltung habe die Bundesregierung bei

ihren Kontakten mit der russischen Führung — insbesondere Bundeskanzler Kohl gegenüber Präsident Jelzin — stets deutlich gemacht.

Nach den Vorstellungen der Bundesregierung, wie auch ihrer Partner in der EU und in der OSZE, sollte umgehend ein Waffenstillstand angestrebt und die Suche nach einer Verhandlungslösung im tschetschenischen Konflikt intensiviert werden.

Stabilität nicht gefährden

Bundesminister Bohl betonte zugleich, daß Deutschland Freund und Partner des neuen Rußland bleiben wolle. Die Entwicklung Rußlands hin zu Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft trage wesentlich zu Frieden und Stabilität in Europa bei und dürfe nicht gefährdet werden.

Bundesminister Bohl und Sergej Kowaljow stimmten überein, daß dieser Weg auch zu einer weiteren, partnerschaftlichen Heranführung Rußlands an die europäischen Institutionen führen wird.

derprogramme des BMBF auf Leitprojekte hin ist die richtige Vorgehensweise auf die Herausforderungen einer immer komplexer werdenden Welt. Leitbilder sind dabei der Übergang zur Informationsgesellschaft, die biotechnologische Revolution des 21. Jahrhunderts, das Wirtschaftswachstum in Stoffkreisläufen, die Energieerzeugung mit minimaler CO₂-Emission und das Innovationssystem als Netzwerk.

Die von Minister Jürgen Rüttgers vorgestellte Konzeption seiner künftigen Bildungs- und Forschungspolitik ist ein sehr ermutigender Einstieg. Sie belegt den Willen der Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen, die im Koalitionspapier getroffenen Vereinbarungen umzusetzen und nachhaltig den Standort Deutschland zu stärken. Jetzt gilt es, Schritt für Schritt zügig die einzelnen Maßnahmen zu realisieren! ■

Fördermittel in Ostdeutschland:

Lieberknecht fordert ehrliche Diskussion über effizienten Einsatz

Die augenblickliche Diskussion um Fördermittel in den neuen Bundesländern bietet die Möglichkeit, sich offen und ehrlich über den sinnvollen und effizienten Einsatz von Subventionen auseinanderzusetzen.

Dies erklärte die Thüringer Ministerin für Bundesangelegenheiten, Christine Lieberknecht, anlässlich eines Empfangs in den Räumen des Thüringen-Büros Berlin am 14. Februar in der Bundeshauptstadt. „Natürlich gibt es auch bei uns Irrtümer, Fehler, auch kriminelle Machenschaften. Aber dies sind doch keine neuen Erscheinungen, die nur bei den Programmen zum Aufbau Ost zu verzeichnen sind“, äußerte die Politikerin.

Die aktuelle Debatte sollte deshalb grundsätzlicher geführt werden, vor allem unter dem Gesichtspunkt, daß Subventionen nur als gezielte Hilfen auf Zeit ange-

legt sein sollten. „Für Thüringen ist klar: Wir brauchen jetzt und in den nächsten Jahren die Unterstützung durch die Förderprogramme.“

Wir messen unsere Arbeit und unseren Erfolg aber nicht an der Summe, die wir erhalten, sondern an dem, was wir daraus gemacht haben. Wir legen unsere Politik darauf an, mittelfristig, weg vom Tropf zu kommen. Für Thüringen wäre es der größte Erfolg, in wenigen Jahren als wirtschaftlich wieder erstarktes Land vom Nehmer- zum Geberland zu werden“, sagte Frau Lieberknecht.

Im Westen hätten sich viel zu viele daran gewöhnt, Förderungen „in alle Ewigkeit“ als selbstverständliche Besitzstände anzusehen. Zu wenig ausgeprägt ist dabei für die Ministerin das Bewußtsein, daß die Fördermittel ja von irgend jemandem aufgebracht werden müßten.

Sorgfältig prüfen

Aus einem Interview des Bundesfinanzministers Theo Waigel mit „Bild“ vom 14.

Februar:

Frage: Herr Minister, sind beim Aufbau Ost tatsächlich 65 Milliarden Mark Steuergelder verschwendet worden?

Theo Waigel: Ob es sich um Millionen- oder Milliardenbeträge handelt: Die neuen Bundesländer müssen jeden Mißbrauch abstellen, die Berichte der Landesrechnungshöfe müssen sorgfältig geprüft werden.

Frage: Ist in zu kurzer Zeit zuviel Geld in die neuen Länder transferiert worden?

Theo Waigel: Wir mußten 1990 schnell handeln, sonst wären die Menschen im Osten wegen der katastrophalen Wirtschaftslage zu Millionen in den Westen gekommen.

Frage: Können die Verwaltungen im Osten nicht mit Geld umgehen?

Theo Waigel: Ich hätte mir nach der Wiedervereinigung eine stärkere Unterstützung aus den alten Bundesländern gewünscht — dann hätte eine funktionierende Verwaltung schneller aufgebaut werden können.

An zwei Quadratzentimetern darf eine Genehmigung nicht scheitern

Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, wie er im Rahmen des Schwangeren- und Familienhilfegesetzes 1992 beschlossen wurde, darf nicht verschoben werden. An dem Termin 1. Januar 1996 muß festgehalten werden.

Seinerzeit hat der Bundesrat mit großer Mehrheit dem Entwurf eines Schwangeren- und Familienhilfegesetzes zugestimmt — die damit zusammenhängenden Kosten waren bekannt. Den zusätzlichen finanziellen Belastungen hat der Bund mit einer Neufestsetzung der Umsatzsteuerverteilung ab 1995 Rechnung getragen, derzufolge die Länder nunmehr 44 Prozent statt 37 Prozent zugewiesen bekommen.

Die Koalitionsfraktionen haben in ihren Fraktionssitzungen am 7. Februar einen gemeinsamen Antrag beschlossen, in dem sie die Länder auffordern, an dem

Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem 1. Januar 1996 festzuhalten. Die Union sieht in der Verwirklichung dieses Anspruchs einen wesentlichen Beitrag für die Schaffung familienfreundlicherer Rahmenbedingungen — und dies ist gerade im Hinblick auf die Diskussion um die Neuregelung des Schutzes des ungeborenen Lebens notwendig.

Die Länder hatten genug Zeit, sich auf diesen Termin einzustellen. Zuletzt hat sich die Jugendministerkonferenz im Februar 1994 dazu bekannt.

Bärbel Sothmann, Vorsitzende der Gruppe Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Es gilt, entsprechende Prioritäten zu setzen und die teilweise überzogenen Standards zurückzuschrauben: Es kann nicht angehen, daß die Genehmigung für einen Kindergarten daran scheitern, daß zwei Quadratzentimeter für einen Gruppenraum fehlen.

Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Die Kindergartenplatzgarantie, die im Rahmen des Schwangeren- und Familienhilfegesetzes 1992 festgeschrieben worden ist, muß zum 1. Januar 1996 verwirklicht werden.

Der Bundesrat hat dem Gesetzentwurf gegen die Stimmen nur eines Landes zugestimmt. Er war sich über die damit verbundenen Kosten für die Länder und Kommunen im klaren. Der Bund hat seinen Beitrag geleistet, indem er aufgrund der Neufestsetzung der Umsatzsteuerverteilung ab 1995 den Ländern statt bisher 37 Prozent dann 44 Prozent zuweist.

Die Verwirklichung der Kindergartenplatzgarantie ist eine unersetzbare Hilfe für unsere jungen Familien und für den besseren Schutz des ungeborenen Lebens.

Sie ist mit Nachdruck auch von den SPD-geführten Bundesländern gefordert worden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Länder auf, bis Januar 1996 die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß für jedes Kind zwischen drei und sechs Jahren ein Kindergartenplatz zur Verfügung gestellt wird.

Jetzt die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sichern

Seit der Einführung des Dualen Rundfunksystems hat sich die deutsche Medienlandschaft rasant entwickelt und die Wettbewerbssituation auf dem Telekommunikationsmarkt dramatisch verändert.

Nach nur zwölf Jahren hat sich eine Vielfalt von neuen Programmangeboten herausgebildet, wurden zahlreiche neue Medienunternehmen mit großem Innovationspotential gegründet und sind Zehntausende von neuen qualifizierten Arbeitsplätzen entstanden.

Das wurde möglich, weil CDU und CSU Anfang der achtziger Jahre die medienpolitische Initiative ergriffen und gegen die Blockade der SPD die Einführung des Dualen Rundfunksystems durchsetzten. Damit hat die Union unserem Land die Teilnahme an einem zukunftsweisen Multi-Media-Markt eröffnet, der schon heute die größten Wachstumsraten aufweist. Viele Anzeichen sprechen dafür, daß der damit verbundene Telekommunikationssektor in naher Zukunft die ökonomische Bedeutung der Automobilindustrie überholen wird.

Diese Entwicklung hat jedoch die öffentlich-rechtlichen Rundfunksender in eine Konkurrenzsituation gebracht, in der sich die althergebrachten Strukturen als zu unbeweglich und zu kostenintensiv erweisen. Die Zukunft von ARD und ZDF ist durch starke Zuschauerverluste, Einbrüchen bei den Werbeeinnahmen und stetig steigende Kosten gefährdet.

Vor diesem Hintergrund hat die Union erneut die medienpolitische Initiative ergriffen. Die Ministerpräsidenten von Sachsen und Bayern, Prof. Kurt Biedenkopf und Edmund Stoiber, haben in

einem gemeinsamen Thesenpapier konkrete Vorschläge zur Zukunftssicherung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks formuliert. Der CDU-Bundesvorstand hat diesen Vorstoß aufgegriffen und sich für eine Strukturreform der ARD und gegen die Erhöhung der Rundfunkgebühren und die Verlegung der Werbezeiten in das Abendprogramm ausgesprochen.

Ursprünglich wurde die ARD als eine dienende Arbeitsgemeinschaft der Landesrundfunkanstalten organisiert, die der föderalen Vielfalt unseres Landes ent-

Jahrelang hat sich die Medienpolitik auf anderen Schauplätzen abgespielt. Im Vordergrund standen die Einführung des privaten Rundfunks, die Bekämpfung der Konzentration und die Folgen der Wiedervereinigung...

sprechen sollte. Im Laufe der Jahre haben sich zwischen den Rundfunkanstalten jedoch starke Ungleichgewichte und Abhängigkeiten entwickelt. So hat der Westdeutsche Rundfunk seinen Einfluß innerhalb der Arbeitsgemeinschaft kontinuierlich ausgebaut und bestimmt heute in wesentlichem Maße das Erste Programm. Dagegen ist das Gewicht und die Eigenständigkeit von Sendern wie Saarländischer Rundfunk oder Radio Bremen auf ein Minimum festgelegt. Ein Ziel der Strukturreform muß es daher sein, einzelne Sender zu Mehrländeranstalten zusammenzuführen, um dadurch ein Gleichgewicht innerhalb der ARD herzustellen. Beim Norddeutschen (Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen

und Mecklenburg-Vorpommern) und dem Mitteldeutschen Rundfunk (Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) funktioniert das seit Jahren bereits sehr gut.

Pro Jahr zahlt jeder, der ein Fernseh- oder Radiogerät besitzt, unabhängig davon, ob er ARD und ZDF einschaltet, 285 DM an Gebühren. In den neuen Bundesländern wurden sie zuletzt Anfang 1995 auf den jetzigen Stand von monatlich 23,80 DM angehoben. Eine weitere Erhöhung der Gebühren in 1997 ist nicht mehr sozialverträglich. Das automatische Drehen an der Gebührenschaube, wie es die SPD und manche Intendanten jetzt fordern, gefährdet die Toleranz der Gebührenzahler und führt in die falsche Richtung. Die CDU lehnt daher eine weitere Gebührenerhöhung ab.

1992 erzielten ZDF und ARD noch ca. 1,5 Mrd. DM an Werbeeinnahmen. Nach starken Einbrüchen 1993 auf ca. 800 Mio. DM konnten sie das Ergebnis in 1994 auf ca. 1,1 Mrd. DM leicht verbessern. Um dem steigenden Kostendruck auf beide Programme zu begegnen, fordern einige Intendanten die Verlegung der Werbezeiten in die Abendstunden nach 20.00 Uhr. Damit würde der Kommerzialisierung der Programminhalte jedoch weiterer Vorschub geleistet und die Toleranz des Gebührenzahlers zusätzlich strapaziert.

Für ihn sind ARD und ZDF bereits eine Art PAY-TV mit Zwangsabonnement, was seinen Wunsch nach einem werbefreien Abendprogramm rechtfertigt. Gegenüber den privaten Programmanbietern, die sich allein aus Werbung finanzieren können, würde ein Wettbewerbsnachteil gebilligt. Die Öffentlich-Rechtlichen würden sich selbst eines zusätzlichen Qualitätsmerkmals berauben. Die CDU ist aus dieser Vielzahl von Gründen gegen eine Aufhebung der 20.00-Uhr-Werbegrenze.

... Unstrittig blieb aber immer die Notwendigkeit struktureller Neuordnung, vor allem aber finanzieller Reformen im ARD-System.

Peter Schiwy, ehemaliger Intendant des Norddeutschen Rundfunks

Einzelne Anstalten haben bereits mit aufwendigen Sparmaßnahmen auf den steigenden Kostendruck reagiert. Diese reichen jedoch nicht aus, um dauerhaft eine anspruchsvolle Grundversorgung mit Information, Kultur, Bildung und Unterhaltung zu gewährleisten. Deswegen müssen die zuständigen Ministerpräsidenten und Landesparlamente den Weg frei machen für weitere Sparmaßnahmen und für den effizienten Mitteleinsatz. Was in anderen Unternehmen längst gang und gäbe ist — lean management — muß auch bei der ARD großgeschrieben werden: Die Anzahl der über 50 Hörfunkprogramme muß verringert — „lean radio“ —, die aufgeblähten Verwaltungsapparate müssen verschlankt — „lean management“ —, Doppel- und Dreifachstrukturen bei Büros bzw. Studios müssen zurückgeführt und Funktionsüberschneidungen im Personaleinsatz müssen reduziert werden.

SPD muß mitmachen

Die dadurch eingesparten Mittel müssen vermehrt umgeleitet werden auf die Produktion und Gestaltung der Programme. Dieses ist das zweite Ziel der CDU-Forderung nach einer Strukturreform.

Der Weg zur Strukturreform wird erfolgreich sein. Die Sozialdemokraten werden ihre Reform- und Diskussionsverweigerung aufgeben müssen, wollen sie nicht ARD und ZDF auf dem Gewissen haben.

Manfred Kanther: Ein weiterer Baustein für die Innere Sicherheit

Das Bundeskabinett hat auf seiner Sitzung am 7. Februar den von Bundesinnenminister Manfred Kanther vorgelegten Entwurf für ein neues Gesetz über das Bundeskriminalamt beschlossen.

Dies ist ein erster Schritt zur Umsetzung der Koalitionsvereinbarung im Bereich der Verbrechensbekämpfung, die die Novellierung des BKA-Gesetzes vorsieht. Bundesinnenminister Manfred Kanther bezeichnete das BKA-Gesetz als weiteren „notwendigen Baustein für die Architektur der Sicherheitsbehörden in Deutschland“. Das Gesetz stehe in einem engen Zusammenhang mit den in der vergangenen Legislaturperiode des Bundestages verabschiedeten Vorschriften über Sicherheitsüberprüfungen, dem Ausländerzentralregister-, dem Bundesgrenzschutzneuregelungs- und dem Verbrechensbekämpfungsgesetz.

Der Gesetzentwurf enthält differenzierte Regelungen für die vielfältigen Aufgaben des Bundeskriminalamtes als Zentralstelle für die Verbrechensbekämpfung, als Strafverfolgungsbehörde sowie in den Bereichen Personen- und Zeugenschutz. Außerdem wird mit der Aufnahme von bereichsspezifischen Datenschutzregelungen für die Tätigkeit der Bundes-Kriminalpolizei dem sog. Volkszählungsurteil von 1983 Rechnung getragen.

Im einzelnen sieht der Gesetzentwurf vor:

- Dem Bundeskriminalamt wird die Möglichkeit eingeräumt, technische Mittel zur Eigensicherung seiner Beamten einzusetzen, wenn diese im Rahmen der Befugnisse des Bundeskriminalamtes aus Gründen der Strafverfolgung tätig wer-

den. Damit wird den besonderen Gefahren begegnet, denen insbesondere Verdeckte Ermittler im Rahmen von Ermittlungsverfahren gegen die Organisierte Kriminalität ausgesetzt sind. Die Polizeigesetze aller Bundesländer, mit Ausnahme von Bremen, sehen diese Möglichkeit längst vor.

- Dem Bundeskriminalamt wird für alle Fälle, in denen es als Strafverfolgungsbehörde tätig wird, die Zeugenschutzaufgabe übertragen. Damit erhält das Bundeskriminalamt für diese zunehmend wichtigere Aufgabe im Rahmen der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität eine gesetzliche Grundlage.

Ein weiterer notwendiger Baustein für die Architektur der Sicherheitsbehörden in Deutschland

- Die Informationsverarbeitung beim Bundeskriminalamt als Polizeibehörde des Bundes und als Zentralstelle für das polizeiliche Auskunfts- und Nachrichtenwesen und für die Kriminalpolizei wird in Umsetzung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. So entsteht erstmals ein verbindlicher Rechtsrahmen für diesen wichtigen Bereich.

- Die Länderkompetenz zu internationalen Polizeikontakten im Grenzbereich wird im Interesse schnellster Reaktionsmöglichkeiten der Polizei verstärkt. Den Ländern wird die Möglichkeit eröffnet, selbständig die Polizeien der Nachbarländer einzuschalten, wenn Gefahr im Verzug ist oder es sich um Fälle von lediglich

regionaler Bedeutung im Grenzgebiet handelt. Darüber hinaus sind aufgrund von Einzelveranstaltungen weitere Dezentralisierungsschritte möglich.

● Die bisherigen Zuständigkeiten des Bundeskriminalamtes bei der Verbrechensbekämpfung werden geringfügig erweitert um:

- ▶ die Bekämpfung international organisierter, terroristischer Vereinigungen,
- ▶ die Verfolgung international organisierter Nötigungen von Verfassungsorganen des Bundes oder ihrer Mitglieder und damit im Zusammenhang stehender Straftaten,
- ▶ die Verfolgung von im Ausland begangenen Tötungsdelikten und Straftaten gegen die persönliche Freiheit, soweit ein Gerichtsstand noch nicht besteht.

Damit sollen vor allem Fälle erfaßt werden, in denen nach Lage des Falles noch keine Länderzuständigkeit besteht. Hierdurch werden Unzuständigkeitskonflikte und daraus resultierende Defizite bei der Strafverfolgung vermieden.

Ansonsten bleibt es bei den bisherigen

Strafverfolgungszuständigkeiten des Bundeskriminalamtes in den Bereichen des international organisierten ungesetzlichen Handelns mit Waffen, zu denen auch (waffenfähige) nukleare Stoffe gehören, Munition, Sprengstoffe oder Betäubungsmittel und der international organisierten Herstellung oder Verbreitung von Falschgeld sowie unter bestimmten Voraussetzungen bei Straftaten, die sich gegen das Leben oder die Freiheit von Verfassungsorganen des Bundes, deren Gäste oder Mitglieder diplomatischer Vertretungen richten. Ferner kann das Bundeskriminalamt auch weiterhin aufgrund von Aufträgen der zuständigen Landesbehörden, des Bundesministeriums des Innern oder des Generalbundesanwalts tätig werden.

Manfred Kanther: Es eilt

Bundesinnenminister Kanther wünschte dem Gesetzentwurf einen „schnellen Lauf durch alle Gremien“, damit die wichtigen Ergänzungen für die praktische Arbeit der Strafverfolgungsbehörden bald in Kraft treten können.

Schulungen für Hauptamtliche

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat 1992 begonnen, Schulungen für hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anzubieten. Aufgrund des großen Zuspruchs und vieler Bitten, diese Seminare fortzusetzen, haben wir uns entschlossen, diese Schulungsreihe kontinuierlich anzubieten. Unsere Zielsetzung ist es,

- zweiteilige Kreisgeschäftsführer-Seminare
- Praktika für neueingestellte Kreisgeschäftsführer sowie
- Seminare für die Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter aus den Landes- und Kreisverbänden.

bis 1998 jährlich anzubieten.

Neben persönlichkeitsbildenden Teilen werden Inhalte abgedeckt, die speziell auf die Belange eines Kreisgeschäftsführers bzw. hauptamtlichen Mitarbeiters zugeschnitten sind. Wir gehen dabei natürlich auch auf die Wünsche ein, die uns aus den letzten Seminaren vorgetragen wurden.

Wir werden im März alle Kreisverbände anschreiben und über die Angebote informieren.

SPD-Polemik geht ins Leere:

Gemeindefinanzreform stärkt Kommunalfinanzen

Gemäß Koalitionsvereinbarung wird in dieser Legislaturperiode eine grundlegende Reform der Unternehmenssteuer und eine Gemeindefinanzreform angestrebt, in der die Gewerbesteuer Schritt für Schritt mit dem Ziel der Abschaffung gesenkt werden soll.

Die Kommunen erhalten einen fairen Ausgleich, der das Interesse an der Ansiedlung von Gewerbebetrieben weiterhin gewährleistet und die kommunale Selbstverwaltung stärkt. Der Bund führt hierzu mit den Ländern und Gemeinden sowie mit der Wirtschaft Gespräche mit dem Ziel, ein Einvernehmen herzustellen. In einer ersten Stufe wird zum 1. Januar 1996 die Gewerbesteuer abgeschafft und die Gewerbebeitragssteuer mittelstandsfreundlich gesenkt.

Es ist die Absicht der Bundesregierung und der beiden Koalitionsfraktionen, eine stufenweise Senkung der Gewerbesteuer mit einer wachsenden Beteiligung der Kommunen an der Mehrwertsteuer zu verbinden. Die Verwirklichung der ersten Stufe ist für den 1. Januar 1996 vorgesehen. Der Termin 1. Januar 1996 ist deshalb notwendig, weil zu diesem Zeitpunkt die Nichterhebung der Gewerbesteuer in den neuen Ländern ausläuft und wegen des EG-Rechts eine Verlängerung der Nichterhebung nicht möglich ist. Bei der Beteiligung der Kommunen an der Mehrwertsteuer soll so rasch als möglich ein gemeinsamer, wirtschaftsnaher Schlüssel gefunden werden. In der Zwischenzeit soll der Besitzstand der Kommunen durch eine Über-

gangslösung gesichert werden und sollen die Kommunen bereits an dem Wachstum der Umsatzsteuereinnahmen beteiligt werden.

Die nun geplante Umsatzsteuerbeteiligung der Städte und Gemeinden geht auf einen Vorschlag des Deutschen Städtetages zurück. Nach einer Verständigung mit Vertretern der Deutschen Wirtschaft hat sich der Deutsche Städtetag im Sommer 1992 damit einverstanden erklärt, die Gewerbesteuer in ihrem Aufkommen zu reduzieren, wenn gleichzeitig eine unmittelbare Beteiligung an der Umsatzsteuer nach einem wirtschaftsbezogenen Schlüssel eingeführt wird.

Von Josef-Theodor Blank, Hauptgeschäftsführer der Kommunalpolitischen Vereinigung

Die in Anträgen von SPD-Ratsfraktionen enthaltene Behauptung, die beabsichtigte Gemeindefinanzreform führe zu einer Schwächung der kommunalen Finanzausstattung, kann mit den Plänen der Bundesregierung nicht begründet werden. Vielmehr wird lediglich auf die „kommunalfeindlichen Gewerbesteuerpläne der Bundesregierung“ verwiesen und ein Hinweis auf die gleichzeitig angestrebte Beteiligung der Kommunen an der Umsatzsteuer unterschlagen.

Zugleich wird meist die Befürchtung ausgesprochen, die Gewerbesteuerpläne der Bundesregierung könnten zu einer Erhö-

Konrad-Adenauer-Stiftung

Literaturpreis an Hilde Domin

Hilde Domin erhält den Literaturpreis 1995 der Konrad-Adenauer-Stiftung. Die unabhängige Jury würdigt mit dieser Entscheidung das lyrische, essayistische und autobiographische Werk von Hilde Domin, die sich in herausragender Weise für die Freiheit und Wahrhaftigkeit des Wortes eingesetzt hat.

Als deutsche Dichterin jüdischer Herkunft, die Verfolgung und Exil erlitt und dennoch mit vorsichtiger Hoffnung in das Land ihrer Muttersprache zurückkehrte, gehört sie zu den großen Zeitzeuginnen unseres Jahrhunderts. Hilde Domins Gedichte und Essays sind unermüdliche Postulate für eine „Humanität zu Lebzeiten“. Ihre Poetik über das Gedicht als „Augenblick von Freiheit“ ist eine der wichtigsten Ortsbestimmungen moderner Literatur.

Der mit 20.000 DM dotierte Literaturpreis wird am 11. Mai 1995 im Weima-



rer Goethehaus verliehen. Die Laudatio auf Hilde Domin hält der Literaturkritiker Professor Dr. Marcel Reich-Ranicki.

Die Jury besteht aus Professor Dr. Birgit Lermen (Universität

Köln), Professor Dr. Helmut Kiesel (Universität Heidelberg), Dr. Sebastian Kleinschmidt (Chefredakteur von „Sinn und Form“), Dr. Volkmar Köhler (Parlamentarischer Staatssekretär a. D.) und Dr. Frank Schirrmacher (Herausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“). Bisher wurden Sarah Kirsch (1993) und Walter Kempowski (1994) mit dem Literaturpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung ausgezeichnet.

nung der Mehrwertsteuer oder der Einkommensteuer und damit zu einer höheren Steuerbelastung der Bürger führen. Auch diese Befürchtung orientiert sich nicht an Tatsachen. Die Bundesregierung plant vielmehr eine aufkommensneutrale Umstrukturierung. Die Entlastung der Unternehmen von der Gewerbesteuer soll durch eine Verbreiterung der steuerlichen Bemessungsgrundlagen im Unternehmenssteuerbereich zum Beispiel durch verringerte Abschreibungen erfolgen. Die gegenwärtig bestehende Gewerbesteuer ist keine Zukunftssteuer. Sie stellt im zunehmenden internationalen Wettbe-

werb eine wettbewerbsverzerrende Sonderbelastung der deutschen Wirtschaft dar. Dagegen ist die Umsatzsteuer eine Wachstumssteuer mit geringen Schwankungen im Konjunkturablauf. Deshalb ist die von der Bundesregierung geplante Gemeindefinanzreform, in der die Gemeinden Teile der Gewerbesteuer gegen eine Beteiligung an der Mehrwertsteuer tauschen, eine echte Chance zur Weiterentwicklung stabiler kommunaler Finanzausstattung. Durch einen wirtschaftsnahen, gemeindefinanzierten Schlüssel bleibt das notwendige Band zwischen Kommune und Wirtschaft erhalten. ■

Kommissionen und Arbeitsgruppen der EVP

Die Europäische Volkspartei (EVP) wird 1995 ihre Programmarbeit intensivieren. Der Vorstand der EVP hat beschlossen, insgesamt 8 Kommissionen und ad-hoc-Arbeitsgruppen zu den verschiedensten Themen europäischer und nationaler Politik einzusetzen.

Alle Kommissionen und Arbeitsgruppen werden gemeinsam durchgeführt von der EVP-Partei und ihrer Fraktion im Parlament. Damit soll sichergestellt werden, daß die Arbeitsergebnisse unmittelbar eingehen in die Beratungen im Europäischen Parlament. Erstmals werden auch systematisch den christdemokratischen Parteien nahestehende Spitzenbeamte aus der Europäischen Kommission zu den Beratungen hinzugezogen.

Sechs der acht Arbeitsgruppen werden vom neugewählten stellvertretenden Generalsekretär der EVP Alejandro Agag Longo vorbereitet.

Alle Kommissionen und Arbeitsgruppen erarbeiteten Papiere für den nächsten Kongress der Europäischen Volkspartei vom 5. bis 7. November 1995 in Madrid. Besondere Bedeutung kommt der ad-hoc-Arbeitsgruppe „Vorbereitung der Regierungskonferenz 1996“ zu. Unter Leitung des stellvertretenden EVP-Fraktionsvorsitzenden Hans-Gert Pöttering und Paolo Barbi wird die Stellungnahme der Europäischen Volkspartei zur institutionellen Reform 1996 vorbereitet.

Alle Kommissionen und Arbeitsgruppen der EVP in der Übersicht:

● Kommission „Rechtspolitik“

Vorsitzender: Friedrich Vogel (CDU-D), stellvertretender Vorsitzender: Cario Casini (MdeP-I) — Vorsitzender des Ausschusses für Rechtspolitik des Europäischen Parlaments

● Kommission „Afrika“

Vorsitzender: Lucas Pires (MdeP-P), stellvertretender Vorsitzender: Dieter Schmidt (CSU-D)

● Kommission „Lateinamerika“

Vorsitzender: Gerardo Fernandez Albor (MdeP-ES), stellvertretender Vorsitzender: Pol Marck (CVP-B)

● Kommission „Mittel- und Osteuropa“

Vorsitzender: Wim van Velzen (MdeP-NL), stellvertretender Vorsitzender: Ludwig Steiner (ÖVP-A)

● Kommission „Sicherheit und Verteidigung“

Vorsitzender: Tom Frinking (ehem. Staatssekretär, Abgeordneter und Vorsitzender der Nordatlantik-Versammlung, CDA-NL), stellvertretender Vorsitzender: Jose Manuel Fabra Valles (MdeP-ES)

● Ad-hoc-Arbeitsgruppe „Vorbereitung der Regierungskonferenz 1996“

Vorsitzender: Hans-Gert Pöttering (MdeP-D), stellvertretender Vorsitzender: Paolo Barbi (PPI-I)

● Ad-hoc-Arbeitsgruppe „Innere Sicherheit und Zusammenarbeit von Justiz und Polizei“

Vorsitzender: Giampacio d'Andrea (MdeP-I), stellvertretender Vorsitzender: François Froment-Meurice (CDS-F)

● Ad-hoc-Arbeitsgruppe „Realisierung der Vorschläge des Weißbuchs“

Vorsitzender: Stelios Argyros (MdPE-GR), stellvertretende Vorsitzende: Miet Smet (Arbeitsministerin in Belgien, CVP-B)

Unzureichende Einkommenslage durch Direktzahlungen abgepolstert

Zur Vorlage des Agrarberichts 1995 der Bundesregierung erklärte am 7. Februar der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Egon Susset:

Der Agrarbericht 1995 spiegelt wiederum den fortschreitenden Strukturwandel und eine durchwachsene — nach Produktionsrichtungen und Bundesländern sehr unterschiedliche — Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft wider. Insgesamt zeichnen sich im früheren Bundesgebiet nach Einkommensverlusten, vor allem in der Veredlung, im abgelaufenen Wirtschaftsjahr (d. h. bis Juni 1994)

erfreulicherweise wieder steigende Gewinne im laufenden Wirtschaftsjahr ab, wobei sich Unterschiede in den einzelnen Erzeugungsbereichen ergeben.

Erwähnenswert ist, daß sich die prognostizierten besseren Einkommen nicht nur aus teilweise höheren Erzeugerpreisen, sondern auch aus Einsparungen bei den Betriebsmitteln herleiten. Positiv anzumerken ist auch, daß sich nach der Prognose der Abstand der landwirtschaftlichen Einkommen zu den Vergleichseinkommen außerhalb der Landwirtschaft verkleinert.

In den neuen Bundesländern hat die Landwirtschaft schneller Tritt gefaßt als die übrigen Wirtschaftsbereiche, was sich auch in der Einkommensentwicklung zeigt. Hierbei schneiden die Einzelunternehmen und Personengesellschaften wiederum besser ab als die juristischen Personen. Dies macht deutlich, daß sich unternehmerische Flexibilität und Einsatzbereitschaft auszahlen.

Auch für das Wirtschaftsjahr 1994/95 wird mit einer weiter verbesserten

Ertragslage gerechnet. Die insgesamt günstigere Einkommensentwicklung ist wesentlich auf die bessere strukturelle Situation der ostdeutschen Landwirtschaft zurückzuführen.

Hervorzuheben ist die Einkommenswirksamkeit von Ausgleichszahlungen und Beihilfen für die deutsche Landwirtschaft. Die Direktzahlungen kommen in den Betrieben an und polstern die vielfach unzureichende Einkommenslage wirksam ab. Die vielfältigen ergänzenden Hilfen ermöglichen erst eine flächendeck-

Die verfügbaren finanziellen Mittel müssen noch gezielter für die Zukunftssicherung und Wettbewerbssteigerung der Betriebe eingesetzt werden.

kende Landbewirtschaftung und sind Ausgleich für die vielfachen Leistungen der Landwirtschaft bis hin zu der von ihr gepflegten Landschaft und Stützung der Lebensfähigkeit ländlicher Räume.

Die begrenzt verfügbaren finanziellen Mittel müssen noch gezielter für die Zukunftssicherung und Wettbewerbssteigerung der Betriebe eingesetzt werden, sie sind aber auch in Zukunft zur Einkommensflankierung notwendig. Trotz der sich abzeichnenden Besserung der Einkommenslage dürfen die Landwirte nicht nachlassen in ihrem Bemühen, sich bietende betriebliche Entwicklungsmöglichkeiten zu nutzen, Maßnahmen zur Kostensenkung zu ergreifen und neue Einkommenschancen auszuschöpfen, um die Existenz ihre Betriebes zu sichern. ■

Wehner – Wienand – Bahr

Die SPD auf Abwegen

Die SPD gerät immer mehr in Bedrängnis. Führende SPD-Funktionäre haben in der Vergangenheit offenbar an der Regierung vorbei mit einflußreichen Kontaktleuten in der UdSSR und der DDR konspiriert. Wer wußte davon und wann? Und weshalb schweigen prominente Mitwisser bis heute? Die Fakten im einzelnen:

Vor einem Jahr kam ans Tageslicht, daß Herbert Wehner hinter dem Rücken Willy Brandts mit Erich Honecker Kontakte unterhielt. Unter anderem soll er dem damaligen Bundeskanzler Brandt Briefe Honeckers vorenthalten haben. (FAZ, 26.1.94) Diese Enthüllungen sind besonders im Zusammenhang mit den Umständen des Rücktritts von Willy Brandt brisant: Der Ex-Bundeskanzler hatte Grund zu der Annahme, „daß Wehner seit seinem Treffen mit Honecker im Mai 1973 seine eigene persönliche Deutschlandpolitik mit Honecker verfolgt hatte, während er gleichzeitig seine, Brandts, Autorität zugunsten der Helmut Schmidts untergrub“. (FAZ, 26.1.94)

„War die Bundesrepublik erpreßbar?“ — so lautet die entscheidende Frage über das Wirken des sozialdemokratischen Grenzgängers Herbert Wehner. (FAZ, 26.1.94)

Im Zusammenhang mit den Enthüllungen über Wehner geriet auch der ehemalige Parlamentarische Geschäftsführer der SPD, Karl Wienand, wieder ins Zwielicht. Schon früher gab es den Verdacht, er habe mit dem DDR-Geheimdienst zusammengearbeitet. Inzwischen ist Karl

Wienand vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf angeklagt — es gibt „einen konkreten Verdacht der geheimdienstlichen Tätigkeit für das MfS“ (FAZ, 26.1.95). Die neuen Beweise für die Anklage stammen aus dem Tresor der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung. Dort beschlagnahmte der Staatsanwalt Notizen Willy Brandts, die festhalten, Karl Wienand sei Mitte der siebziger Jahre „eine Verbindung mit dem dortigen (= DDR) Dienst eingegangen“. (FAZ, 9.2.95)

Eine Kopie dieses geheimen Vermerks von Willy Brandt besaß Johannes Rau. Er hat die ganze Zeit über geschwiegen. Und auch jetzt gesteht er sein Wissen nur schiebchenweise ein. Eine weitere Kopie

**Abtauchen und wegducken:
Die SPD-Spitze schweigt
bislang zu allen neuen Enthüllungen.**

bekam Egon Bahr. Warum gerade der SPD-Ost-Experte allen Grund hatte, das brisante Wissen um die Verbindungen eines anderen SPD-Spitzenfunktionärs mit dem DDR-Geheimdienst für sich zu behalten, belegen neue Fakten: Nach Erkenntnissen des „Spiegel“ hat sich Egon Bahr über zehn Jahre lang unter konspirativen Umständen mit zwei Agenten des sowjetischen Geheimdienstes KGB zum Informationsaustausch getroffen. Geheime SED-Protokolle dokumentieren laut „Focus“ darüber hinaus, daß Egon Bahr in Gesprächen mit dem Polit-

büro der SED nationale und internationale Kenntnisse ausgeplaudert habe.

Egon Bahr war im „Bund mit dem Teufel“, — wie der „Spiegel“ den damaligen KGB-Chef Andropow widergibt. (Spiegel, 13.2.95) So habe er etwa über KGB-Mittelsmänner Staatschef Breschnew wissen lassen, „ob er in seiner nächsten Rede das West-Berlin-Problem ansprechen sollte“. (Spiegel, s. o.) Nur als Bahr versuchte, sich auf geheimen Wegen das Protokoll des Gesprächs zwischen Konrad Adenauer und dem Sowjetbotschafter von 1962 zu beschaffen, stieß er an Grenzen: Das war selbst dem KBG zuviel. „Über die Risiken der geheimen Spiele war Bahr sich wohl weniger im klaren, zumal er das vorgegebene Ziel Wiedervereinigung („Quatsch“) langsam aus den Augen verlor, der Wandel auf der anderen Seite ausblieb, die SPD sich jedoch emsig annäherte.“ (Spiegel, s. o.)

Der damalige KGB-Chef und spätere Staatsführer Andropow bemerkte gegenüber seinem Mittelemann einmal: „Bald wird man Bahr die Finger des KGB nennen.“ (Spiegel, s. o.) Heute erklärt der einstige SPD-Ostexperte, er habe nicht gewußt, daß sein Kontaktmann ein KGB-Offizier gewesen sei. (dpa, 12.5.95)

In Gesprächen mit SED-Politbüro-Mitglied Hermann Axen gedieh Bahrs Annäherungsstrategie bis zum freundschaftlichen Du. Brühwarm berichtete der SPD-Mann seinem SED-Kollegen nach einer USA-Reise „interne Vorgänge in Washington und die Taktik der Amerikaner für die Abrüstungsverhandlungen. Bahrs Angaben über den einflußreichen Henry Kissinger lesen sich in dem Geheimprotokoll wie ein IM-Bericht“. (Focus, 13.2.95) Wörtlich heißt es in dem SED-Protokoll: „E. Bahr bemerkte, die USA würden zur Zeit mit der UdSSR und Gorbatschow persönlich ein teuflisches Spiel treiben.“ (Focus, s. o.)

Verlegen gab Egon Bahr Hermann Axen recht

Enge Abstimmung gab es auch in der Deutschlandpolitik. Als der SED-Partner Axen Egon Bahr gegenüber als taktlos mißbilligt, daß Hans-Jochen Vogel sich vor einem Bild der Berliner Mauer habe ablichten lassen, hält das Protokoll Bahrs Reaktion fest: „E. Bahr, der sehr verlegen und betroffen war, gab H. Axen recht und sagte ein entsprechendes Gespräch mit Vogel zu.“ (Focus, s. o.)

Die SPD-Spitze schweigt bislang zu allen neuen Enthüllungen. Abtauchen und wegducken heißt die Devise.

CDU/CSU: Sondersitzung zur Steuerpolitik

Zum Thema Steuerpaket 1996 wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 7. März zu einer Sondersitzung zusammenkommen. Dabei werde über Steuern und Abgaben im allgemeinen und über die Familienpolitik im besonderen geredet, kündigte Schäuble an. Es geht vor allem um den neuen Familienleistungsausgleich ab 1996 und die Verwirklichung der Gewerbesteuerre-

form. Nach Angaben von Schäuble wird Bundesfinanzminister Theo Waigel seinen Referentenentwurf über das Jahressteuergesetz 1996 in der nächsten Woche veröffentlichen. Darin enthalten sind die Vorhaben zur Steuerfreistellung des Existenzminimums, Steuervereinfachungen und eine Unternehmenssteuerreform, „die aufkommensneutral sein muß“.

Herbert Reul fordert weitere Aufklärung in Wienand-Rau-Affäre

Als „absurd“ und „gezielte Ablenkung vom eigentlichen Sachverhalt“ hat der Generalsekretär der nordrhein-westfälischen CDU, Herbert Reul, die Absicht von NRW-Ministerpräsident Johannes Rau bezeichnet, die drängenden Fragen der CDU zur Vertuschung der sogenannten Brandt-Papiere durch Johannes Rau und andere als Wahlkampfpo­le­mik zu diskreditieren.

„Ich bin dieses scheinheilige Spielchen satt. Jedesmal, wenn es für Johannes Rau brenzlich wird, sind konkrete und berechnete Fragen der Opposition und der Öffentlichkeit auf einmal unstatthaft und schäbig, weil Wahlen vor der Tür stehen. Dies ist lächerlich und richtet sich selbst. Sowohl bei der Aufdeckung der 86er-Wahlkampfhilfe der SED für Johannes Rau wie auch jetzt bei der Aufdeckung der Vertuschungsaktion von Rau und anderen haben unabhängige Institutionen und Personen wie Wissenschaftler, Journalisten oder die Bundesanwaltschaft die Sachverhalte ans Tageslicht gebracht. Es ist geradezu unsere Pflicht und Verantwortung in der Öffentlichkeit, solange nachzuhaken, bis alles restlos aufgeklärt ist. Johannes Rau hatte es jahrelang in der Hand, für Licht in dieser dunklen Affäre zu sorgen, wenn er die Papiere offengelegt hätte. Doch es ist nichts passiert“, so Reul.

Deshalb, so der CDU-Politiker weiter, werde die CDU in den kommenden Wochen nicht nachlassen, eine vollständige Aufklärung des Falls zu erreichen. „Was ist im übrigen schlimm daran, wenn die Wählerinnen und Wähler vor der Wahl genau wissen, warum der Ministerpräsident dieses Landes der Bundesanwaltschaft wichtiges Beweismaterial für

einen Spionageprozeß offenkundig zurückgehalten hat? Bei einem unrelevanten, abgeschlossenen Vorgang hätte die Bundesanwaltschaft den Ministerpräsidenten wohl nicht befragt. Hätte sich sein eigener Justizminister so verhalten wie der Ministerpräsident, wäre dies rechtlich höchst bedenklich gewesen. Wie groß muß dann das Versäumnis des Ministerpräsidenten sein“, erklärte Reul.

Als die Witwe von Willy Brandt zudem in ihrem Prozeß gegen den mutmaßlichen Spion Karl Wienand die besagten Dokumente suchte, habe der Ministerpräsident

Herbert Reul: Es ist geradezu unsere Pflicht und Verantwortung in der Öffentlichkeit, solange nachzuhaken, bis alles restlos aufgeklärt ist.

dieses Landes, der angeblich soviel auf Redlichkeit und Hilfsbereitschaft halte, eiskalt geschwiegen und so dafür gesorgt, daß Frau Seebacher-Brandt den Vorwurf gegen Wienand nicht mehr aufrechterhalten konnte.

In der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei mache sich inzwischen offenbar ein Engholm-Syndrom breit. „Es wird nur das zugegeben, was öffentlich bereits bekannt ist. Die Wahrheit kommt nur scheinbar ans Licht. Was verbirgt sich alles noch hinter diesem ganzen Komplex? Johannes Rau muß Antworten geben. Schweigt er weiter, werden wir dieses Thema in den nächsten Wochen und Monaten intensiv weiterverfolgen“, sagte Reul.

Pflichtverletzung ist offenkundig

Zur Spionage- und Vertuschungsaffäre Wienand/Vogel/Rau/Bahr erklärte der Justitiar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Reinhard Göhner:

Aufgrund der neuen dienstlichen Erklärung des BND-Präsidenten Porzner steht fest, daß Johannes Rau und Hans-Jochen Vogel sich in der Spionageaffäre Wienand grob pflichtwidrig verhalten haben:

1. Obwohl Vogel am 1. April 1992 von Willy Brandt nach dessen Gespräch mit Falin gebeten wurde, dem von Falin geäußerten Spionageverdacht gegen Wienand nachzugehen, hat Vogel nicht für Aufklärung, sondern für Vertuschung, Verdunkelung und Desinformation gesorgt.

BND-Präsident Porzner hat in seiner dienstlichen Erklärung versichert, daß Vogel ihn am 2. April 1992 nur ganz pauschal nach „Bonner Gerüchten“ über eine angebliche Tätigkeit Wienands für einen östlichen Nachrichtendienst gefragt hat. Mit keinem Wort erwähnte Vogel, daß Willy Brandt ihn geschickt und mit der Aufklärung eines konkreten, äußerst ernst zu nehmenden Spionageverdachts beauftragt hatte. Daß die Information über Wienand von Falin stammte, ließ Vogel ebenfalls unter den Tisch fallen. Vogel hat damit den BND-Präsidenten wesentlich hinters Licht geführt.

2. Zuständig für die Aufklärung des Spionageverdachtes gegen Wienand war das Bundesamt für Verfassungsschutz, nicht der BND. Dies wußte natürlich der Einser-Jurist, frühere Justizminister und verfassungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion genau. Er hätte Porzner zumindest die ihm vorliegenden Verdachtsmomente in der gebotenen Konkretheit mitteilen müssen, damit zumindest Porzner

an den Verfassungsschutz herantreten konnte. Daß Vogel dies nicht getan hat, zeigt Vertuschungs- und Verschleierungsabsicht.

Vogel wollte ganz offenkundig, daß die Sache im Sande verläuft — entgegen der klaren Bitte Brandts, eine Aufklärung herbeizuführen. Nach Erinnerung seiner Witwe hatte sich Brandt mehrfach laut gewundert, warum sich Vogel nach seiner Beauftragung lange nicht gemeldet hatte. Brandt war diese Sache so wichtig, daß er im Mai 1992 sogar überlegte, darüber mit dem Bundeskanzler zu sprechen. Willy Brandt hatte sich geirrt, als er anfangs sei-

Die SPD sollte einen guten Rat befolgen: Das Wissen schnell und umfassend öffentlich machen.

ner Ehefrau erklärte, Vogel sei „genau und wird gewiß wissen, worum ich ihn bitte“. Doch hat Vogel mit der ihm eigenen Genauigkeit Desinformation betrieben und seine ihm von Brandt übertragene Garantenstellung in ihr Gegenteil verkehrt.

3. Mittlerweile steht fest, daß auch Ministerpräsident Rau das Bundesamt für Verfassungsschutz zu keinem Zeitpunkt unterrichtet hat. Selbst als der Generalbundesanwalt Anklage vor dem OLG Düsseldorf erhoben hatte, ist Rau untätig geblieben. Er hat dadurch die Justiz seines eigenen Landes massiv behindert und sich einer Pflichtverletzung schuldig gemacht, die in der deutschen Justizgeschichte der Nachkriegszeit einmalig ist.

Da sich auch Bahr so verhielt, liegt offensichtlich eine Absprache der Vertu-

Nach dem Scheitern der Bremer „Ampel“

Neuwahlen für 14. Mai geplant

In Bremen ist die seit Dezember 1991 amtierende „Ampel“-Regierung endgültig gescheitert. Letztlich zerbrach das Regierungsbündnis durch einen Alleingang des Umweltressorts bei der Anmeldung von Großflächen als Vogelschutzgebiete an die Europäische Union.

Nach der CDU-Opposition hat der Koalitionspartner FDP ultimativ den Rücktritt von Umweltsenator Ralf Fücks gefordert. Am 22. Februar wird sich die Bremische Bürgerschaft mit einem Mißtrauensantrag gegen den Grünen-Politiker beschäftigen.

Ulrich Nölle an der Spitze

Unabhängig vom Ausgang der Abstimmung haben sich alle Bürgerchaftsfraktionen für vorgezogene Neuwahlen ausgesprochen. Diese sind für den 14. Mai geplant. Die CDU-Opposition hat sich mit ihrer Forderung nach schnellstmöglichen Neuwahlen damit durchgesetzt. CDU-Bürgermeisterkandidat soll wieder der

Sparkassen-Vorstand und stellvertretende CDU-Landesvorsitzende Ulrich Nölle werden. Dessen Nominierung ist bei einem CDU-Sonderparteitag am 2. März vorgesehen.

Die Wahl ist offen

„Zum ersten Mal ist eine Wahl wirklich offen“, bewertete CDU-Landeschef Bernd Neumann vor der Bremer Presse die Ausgangslage. Die CDU wolle stärkste Partei werden. Die SPD soll in die Opposition geschickt werden. Eine Koalitionsaussage vor dem Wahltermin lehnte der Parlamentarische Staatssekretär ab.

Bisher sind in der Bremischen Bürgerschaft SPD (40 Mandate), CDU (33 Abgeordnete), Bündnis 90/Grüne (11 Parlamentarier), FDP (10 Mandate) sowie die in zwei Gruppen zerfallene ehemalige DVU-Fraktion (zusammen 6 Abgeordnete) vertreten. Erstmals wird die neugegründete Wählerinitiative „Arbeit für Bremen und Bremerhaven“ antreten.

schungstroika vor: Weder Rau noch Vogel oder Bahr haben die ihnen vorliegenden Dokumente dem zuständigen Bundesamt zugänglich gemacht. Bei Bahr geschah dies aus Eigeninteresse, denn in dem beschlagnahmten Vermerk Brandts wird seine Zusammenarbeit mit dem KGB-General erwähnt. Rau und Vogel wollten offenbar Wienand decken.

Daß Rau dazu auch jetzt noch erklärt, seine Haltung sei richtig gewesen, kann nur so verstanden werden, daß er auch

die weiteren Aufzeichnungen und Dokumente Willy Brandts im Zusammenhang mit Bahr/KGB und Wienand/Stasi kennt und zurückhält.

Der SPD-Bundestagskollege Neumann hat recht, wenn er seine Partei davor warnt, „Kenntnisse über die Gespräche Brandts zum Fall Wienand nur scheinbar preiszugeben“. Der Rat des SPD-MdB an seine Partei, „das Wissen schnell und umfassend öffentlich zu machen“, sollte beherzigt werden.

Ein Linksbündnis in Berlin könnte die schwierigen Aufgaben nicht lösen

„Die Stadt steht vor einer Richtungs-
wahl. Sie entscheidet zwischen der
politischen Mitte und denen, die Ber-
lin zu einer Spielwiese der Linken von
gestern machen wollen.“

So lautet die Schlußfolgerung des Berli-
ner Bundessenators und CDU-Wahl-
kampfleiters, Peter Radunski, aus dem
seiner Meinung nach „für die Stadt ver-
heerenden Angebot“ der frisch gekürten
SPD-Spitzenkandidatin, Ingrid Stahmer,
nämlich das rot-grüne Bündnis wieder
aufzulegen.

Ein solches „Linksbündnis“ wäre —
anders als die große Koalition — nicht in
der Lage, die schwierige Übergangsphase
des zusammenwachsenden Berlin zu
bewältigen.

Trotz des festen Versprechens der Sozial-
senatorin, daß es mit ihr keine von der
PDS abhängige Landesregierung geben
werden, sei im übrigen auch diese Gefahr
nicht gebannt.

Radunski: „Wenn es für SPD und Bünd-

nisgrüne zum Regieren nicht reicht, steht
ja immer noch das Angebot der PDS,
Rot-Grün zu tolerieren, zumal sich die
Grünen bereits auf die Zusammenarbeit
mit der SED-Nachfolgepartei vorberei-
ten.“

Auch wenn Frau Stahmer eine solche
Entwicklung vielleicht persönlich nicht
wolle, besage das noch nicht viel über die
wahren Absichten der Berliner SPD, auf
die nämlich in dieser Hinsicht kaum Ver-
laß sei.

Überhaupt stelle sich — so Radunski —
die Frage, was die Sozialsenatorin eigent-
lich zu sagen habe, nachdem „nur 7.200
der insgesamt 24.000 Berliner SPD-Mit-
glieder für sie gestimmt“ haben.

Radunski zweifelte nicht daran, daß sich
Eberhard Diepgen und Ingrid Stahmer
eine „menschlich anständige Auseinan-
dersetzung liefern“ würden. Die bisherige
politische Arbeit der SPD-Konkurrentin
lasse allerdings nicht darauf schließen,
„daß sie für die Aufgabe einer Regieren-
den Bürgermeisterin geeignet“ sei. ■

Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Ein stolzes Ergebnis: 1994 führte
der Bereich „Politische Bildung“
der Konrad-Adenauer-Stiftung
nahezu 3.000 Veranstaltungen durch.
Besucht wurden diese von rund
120.000 Interessierten.

Das Resultat ist Ansporn. Die Bil-
dungswerke, die Bildungszentren und
die Hauptabteilung Kultur lassen es
auch im laufenden Jahr nicht an
Angeboten fehlen.

- Jugend und parlamentarische
Demokratie

- Aufarbeitung der Vergangenheit
zur Vollendung der inneren Einheit
- Zukunftssicherung in der Ökologi-
schen und Sozialen Marktwirt-
schaft
- 50 Jahre CDU: Erfolg und Zukunft
einer Volkspartei, um nur einige
Themen zu nennen.

Weitere Informationen/Programme:

Konrad-Adenauer-Stiftung
Bildungszentrum Eichholz
Postfach 1331, 50387 Wesseling

EU-Jugendprogramme: Gewinner sind die europäischen Jugendlichen

Den positiven Ausgang des Vermittlungsverfahrens zwischen Europäischem Parlament und Ministerrat zu den Jugendprogrammen SOKRATES (Schul- und Hochschulaustausch) und „Jugend für Europa“ (Jugendaustausch) hat die deutsche EVP-Abgeordnete und Parlamentsberichterstatterin zum Sokrates-Programm, Doris Pack, in Brüssel begrüßt.

Das Parlament habe sich nach langen und zähen Verhandlungen schließlich in wichtigen Punkten durchsetzen können. Hierzu gehört die Erhöhung der vorgesehenen Mittel (für das Sokrates-Programm hatte der Rat ursprünglich 760.000 ECU vorgesehen, das EP konnte 850.000 ECU durchsetzen, für Jugend für Europa hatte der Rat 105.000 ECU vorgesehen, das EP hat 126.000 ECU durchgesetzt).

Außerdem erlaubt eine Revisionsklausel im Sokrates-Programm nach zwei Jahren eine Überprüfung und Beurteilung des Programms. Dann könne, wenn nötig, auch eine Erhöhung des Finanzrahmens vorgenommen werden. Weiterhin habe der Rat wichtige Änderungen des Parlaments übernommen, wie zum Beispiel die Einbeziehung der Erwachsenenbildung in das Programm.

Der institutionelle Streit zwischen Parlament und Rat über die Festschreibung fester Beträge in diesen Jugendprogram-

men konnte ebenfalls mit einem Kompromiß gelöst werden. In einer „Gemeinsamen Erklärung“ heißt es, daß bei Mehrjahresprogrammen, die dem Mitentscheidungsverfahren unterliegen, der Gesetzgeber (also Parlament und Rat), den finanziellen Rahmen des Programms für die gesamte Laufzeit bestimmt. Allerdings handelt es sich hierbei lediglich um eine Referenzgröße, von der die Haushaltsbehörde (Parlament und Rat) und die Kommission abweichen können, wenn sich „objektive und dauerhafte Umstände“ ergeben, die eine Rechtfertigung der Abweichung erlauben.

Akzeptable Lösung

Damit habe sich das Vermittlungsverfahren bei den Jugendprogrammen schließlich als ein Erfolg bewiesen, erklärte Doris Pack. Schließlich sei zwischen Parlament und Rat eine für beide Seiten akzeptable Lösung gefunden worden, die die Finanzierung von diesen wichtigen Programmen für die Jugend sicherstellt. „Die Gewinner sind hierbei vor allem die europäischen Jugendlichen, die diese Programme jetzt nutzen können“, sagte Doris Pack.

Diese im Vermittlungsausschuß erzielten Ergebnisse müssen jetzt noch vom Plenum des Europäischen Parlaments bestätigt werden.

Fünzig Jahre CDU: Aus diesem Anlaß veranstaltet das Hermann-Ehlers-Bildungswerk der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 10. bis 12. März in Haren ein Seminar zum Thema „Christliche Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland“. — Anfragen und Anmeldungen: Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptabteilung Bildungswerke, Postfach 1331, 50387 Wesseling.

Bundeskanzler ehrt Horst Langes mit großem Bundesverdienstkreuz mit Stern

Im Rahmen einer Feierstunde in seinem Arbeitszimmer in Bonn überreichte Bundeskanzler Helmut Kohl dem früheren Staatssekretär im Kultusministerium Rheinland-Pfalz (1974-1979) und langjährigen Trierer Landtags- (1967-1974) und Europaabgeordneten (1979-1994) Horst Langes das ihm vom Bundespräsidenten verliehene große Bundesverdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

An der Verleihung nahm Frau Langes, eine Tochter und politische Freunde teil, wie der CDU-Landesvorsitzende Gerster, der Fraktionsvorsitzende Böhr, der Spitzenkandidat der Europaliste Langen, der Abgeordnete des Wahlkreises Trier-Saarburg Basten, der Oberbürgermeister der Stadt Trier Schröer. Helmut Kohl würdigte in einer sehr persönlich gehaltenen Laudatio die Lebensleistung von Horst Langes, den er „einen treuen Freund, einen Patrioten und großen Europäer“ nannte.



Claire Marienfeld soll Wehrbeauftragte werden

Mit der CDU-Abgeordneten Claire Marienfeld soll zum ersten Mal eine Frau das Amt des Wehrbeauftragten übernehmen. Darauf haben sich die Koalitionspartner CDU/CSU und FDP am 14. Februar in Bonn geeinigt. Der Fraktionsvorstand der CDU/CSU hatte sich einen Tag zuvor einstimmig für die Kandidatur von Frau Marienfeld ausgesprochen.

Gewinner ermittelt

Die Zahlenkombination mit der Nummer „20367“ war die Lösung von fünf politischen Fragen eines Gewinnspiels auf der Diskette mit dem „Regierungsprogramm der CDU und CSU“, mit dem die CDU-Bundesgeschäftsstelle im Bundestagswahlkampf nach politisch Interessierten fahndete.

Generalsekretär Peter Hintze hat unter den mehr als 2.000 Einsendern die Gewinner ermittelt. Ausgelobt waren zehn Hauptgewinne sowie vierzig Disketten mit unserem Computer-Spiel „Kennste Deutschland“.

Den Hauptpreis gewannen:

1. Preis: einen Computer mit 486-Processor, 340-MB-Festplatte: Christoph Silber-Bonz, Maxstr. 58, 53111 Bonn

2. Preis: ein Textverarbeitungsprogramm Word for Windows 6.0: Holger Donle, Oberer Bilweg 4, 17034 Neubrandenburg

3. Preis: einen Tintenstrahldrucker: Sonja Derwanz, Blomberger Weg 41, 32657 Lemgo

4. Preis: ein CD-Rom-Laufwerk: Dorothea Borchers, Soltauer Str. 12, 27777 Ganderkesee

5. Preis: ein Modem zum Anschluß an einen PC: Patrick Völker, Schubertstr. 2, 49393 Lohne



6. Preis: einen Soundblaster: Ines Graf, Feldstr. 11, 15864 Lindenberg

7. Preis: einen Soundblaster: Klaus Reihing, Muntpratstr. 5, 78462 Konstanz

8. Preis: eine PC-Maus: Annette Schönherr, Weinbergstr. 60, 36381 Schlüchtern

9. Preis: eine PC-Maus: Peter Moses, bei Klenner, Gahnbachstr. 161, 66386 St. Ingbert

10. Preis: eine PC-Maus: Antal Hauer, Am schwarzen Meer 99, 28205 Bremen.

Wir wünschen den Gewinnern mit diesen Geräten viel Freude.

Wir schaffen Zukunft für junge Leute



● **Beschäftigung sichern - Arbeitsplätze schaffen**
 Bestell-Nr.: 2967
 Verpackungseinheit: 100 Expl.
 Preis je Verpackungseinheit: 20 DM

● **Wir schaffen Zukunft für junge Leute**
 Bestell-Nr.: 2964
 Verpackungseinheit: 100 Expl.
 Preis je Verpackungseinheit: 20 DM

● **Chancen nutzen - Zukunft gestalten**
 Bestell-Nr.: 2966
 Verpackungseinheit: 100 Expl.
 Preis je Verpackungseinheit: 20 DM

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
Postfach 1164
33759 Versmold
Fax: (0 54 23) 4 15 21

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

Sympathie-Werbemittel in Versmold



Euro-Schlüsselanhänger ●

Bestell-Nr.: 9455

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 26,25 DM



● Schlüsselanhänger bunt sortiert

Bestell-Nr.: 9961

Verpackungseinheit: 40 Expl.

Preis je 40 Expl.: 42 DM

Bestellungen an: **IS-Versandzentrum, Postfach 1164,**
33759 Versmold, Fax: (0 54 23) 4 15 21

UID

6/1995

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 5307-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 38050000), Post girokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). Abonnementpreis jährlich 56,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** WVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.